## Politik will an sich sparen, weiß aber noch nicht, wie

Jüngster Vorschlag: Die Linke will bei Kleinen weniger sparen als bei Großen.

Von Thomas Raulf

Unna. Mit einem Antrag der Linken liegt ein weiterer Vorschlag auf dem Tisch, wie die Zuwendungen für die Ratsfraktionen reduziert werden können. Diese Lösung würde große Fraktionen härter treffen als kleine. Vermutlich wird sie keine Mehrheit finden.

Als eigenen Beitrag der Politik zur Konsolidierung des Haushalts schlägt die Linksfraktion eine Anpassung der Fraktionszuwendungen vor. Die Pauschale, die jede Fraktion für je ein Ratsmitglied bekommt, soll um 20 Prozent gesenkt werden. Kleine Fraktionen sollen "nicht überproportional benachteiligt" werden. Deswegen soll im Gegenzug der Sockelbetrag um fünf Prozent angehoben werden. Das ist die Summe, die jede Fraktion unabhängig von ihrer Größe aus der Stadtkasse erhält. Das Ergebnis wäre nach Rechnung der Linken eine Ersparnis von 55.000 Euro im Jahr. Allerdings würden die Fraktionen nach diesem Modell in unterschiedlichem Umfang an Zuwendungen verlieren. Den Zwei-Personen-Fraktionen von FLU, Linkspartei und FDP stünden jeweils 1800 Euro weniger zur Verfügung. Bei den Grünen betrüge die Kürzung schon 7800

Euro, bei der CDU 17.400 Euro. Die SPD als größte Fraktion müsste auf 24.600 Euro verzichten.

Nach ihrem eigenen Sparmodell müsste die SPD-Fraktion eine geringere Kürzung hinnehmen. Sie hatte vorgeschlagen, die Fraktionszuwendungen pauschal um zehn Prozent abzusenken. Der Hintergrund ist derselbe wie bei der Linksfraktion. Man wolle ein Zeichen setzen, sagt der Fraktionsvorsitzende Volker König.

Er betont aber auch: "Wir müssen handlungsfähig bleiben." Die Fraktionen müssten vor allem in der Lage bleiben, ihre Geschäftsführungen zu bezahlen. Diese hätten schließlich Verträge jeweils bis zum Ende einer Wahlperiode. Gerd Heckmann, Sprecher der CDU-Fraktion, hält geringe Kürzungen für populistische Augenwischerei. Würde die Stadt hingegen den Fraktionen so wenig zahlen, dass es zu wirksamen Einsparungen käme, dann wäre es schwierig, die angestellten Geschäftsführer zu bezahlen. "Damit würden wir der Fraktionsarbeit keinen Gefallen tun." Die CDU sei gegen Kürzungen an dieser Stelle. FLU, Bündnisgrüne und FDP hatten sich bereits für Senkungen der Fraktionszuwendungen ausgesprochen.